



Newsletter

Stefan Weber, MdL

DEZEMBER
19

2019

Liebe Genossinnen und Genossen,

in der ersten Lesung des Haushaltes hatte die SPD-Landtagsfraktion ihre Kritik am Jamaika-Haushalt bereits deutlich gemacht. Ausgeräumt wurden unsere Kritikpunkte nicht.



Auch die Nachschiebeliste zum Haushalt zeigte, dass der Jamaika-Haushalt die großen Zukunftsthemen ignorierte.

Beispiel Klimaschutz, hierzu sagte Ralf Stegner: „Bei Jamaika bedeutet Klimaschutz: Viel Getöse und wenig Inhalt. Im Haushalt wird eifrig Bundesgeld verteilt, eigene Anstrengungen finden sich bestenfalls in homöopathischer Menge...“. Die SPD hat eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen. Über vier Jahre wollten wir 20 Millionen Euro für Moorschuttfonds investieren und so die Wiedervernässung von Mooren vorantreiben. Eine weitere Million sollte in den Ankauf von Flächen für neuen Wald durch die Landesforsten fließen. Radwege etwa helfen insbesondere in der Metropolregion, Autos von der Straße zu bekommen. Über die kommenden beiden Jahre wollten wir 27 Millionen Euro für Neubau und Sanierung der Radwege an den Landesstraßen bereitstellen.

Auch Gebührenfreiheit in der Krippe (fünf Stunden) wäre möglich, dafür veranschlagten wir 25 Mio. Euro. Dazu wäre eine deutliche Erhöhung der Kita-Investitionsmittel um zehn Millionen Euro notwendig gewesen, denn die Kommunen dürfen mit den Kosten nicht alleine gelassen werden. Wir brauchen auch den Einstieg in die echte Lernmittelfreiheit und wollten damit in den Grundschulen starten, dafür kalkulierten wir 16 Mio. Euro, Materialverbrauchskosten 5 Mio. Euro, Ausstattungsgegenstände 1 Mio. Euro, Schulbücher, Arbeitshefte und Lektüren 9 Mio. Euro und Aktivitäten wie Schulausflüge 1 Mio. Euro. Insgesamt hatten unsere Haushaltsanträge ein Volumen von rund 90 Mio Euro. Alle Vorschläge der SPD waren gegenfinanziert und 15 Mio. Euro hätte man durch den Verzicht auf die gemeinsame Abschiebehaftanstalt der norddeutschen Länder eingespart.

In erster Lesung im September hatte es massive Kritik an dem Vorstoß der AfD gegeben, der eine Impressumspflicht für die Beteiligung von Parteien an Medienwerken verlangt. Der Innen- und Rechtsausschuss votierte mit den Stimmen aller anderen Parteien gegen das Papier. Trotzdem bestand die AfD wieder auf eine erneute Aussprache im Plenum, diesmal in der Novembersitzung.

Bereits im September hatte ich zum Antrag der AfD eine Rede gehalten. Die nochmalige Rede zu diesem Thema hatte ich vorbereitet. In der Debatte sprachen dann aber doch nur der Abgeordnete der AfD und Lars Harms (SSW). Der Landtag hat den Gesetzentwurf zur Änderung des Landespressegesetzes in Zweiter Lesung mit großer Mehrheit abgelehnt. Damit folgten die Abgeordneten einer Empfehlung des Innen- und Rechtsausschusses. Meine Rede habe ich im Newsletter angefügt.

Unsere SPD-Landesvorsitzende Serpil Midyatli wurde mit 79,8 Prozent auf dem Bundesparteitag in die Parteispitze gewählt. Es ist das beste Ergebnis aller fünf Stellvertreter. Serpil sagte in ihrer Rede: "Alle anderen Parteien reden über Vielfalt. Aber wir leben Vielfalt!" Ihre Wahl, sagte Serpil, sei ein Signal an alle Migrantinnen und Migranten. Ihr sei besonders wichtig, dass Migrationshintergrund vor allem in der "Mehrheitsgesellschaft" keine große Rolle mehr spielen sollte. Dass zuerst die Person und ihre Fähigkeiten eine Rolle spielen. "Wir sind am Ziel, wenn der Migrationshintergrund nur noch ein Zusatz ist." Genau das versucht sie vorzuleben.

Eine rund fünf Meter hohe Tanne ließ die Eingangshalle des Landtages in den letzten Wochen in weihnachtlichem Glanz erstrahlen. Wie auch im vergangenen Jahr kam die Nordmantanne vom Gut Augustenhof aus Osdorf (Kreis Rendsburg-Eckernförde). Nordmantannen wachsen durch die hohe Luftfeuchtigkeit und das milde Küstenklima in Ostseennähe unter optimalen Bedingungen. Die größten Anbauflächen für Weihnachtsbäume in Deutschland liegen in Schleswig-Holstein und im Sauerland.

Ich möchte allen Genossinnen und Genossen, die sich für unsere sozialdemokratischen Ziele einsetzen, danken. Auch in diesen für uns turbulenten Zeiten, werden wir weiter aufrecht voranschreiten.

Ich wünsche allen geruhsame Weihnachten

und einen

guten Rutsch ins neue Jahr 2020

Euer Stefan Weber

Aus dem Plenum

Haushalt

Seit 2010 haben sich die Einnahmen Schleswig-Holsteins um mehr als 5 Milliarden Euro verbessert. Alleine gegenüber 2019 fließen rund 338 Millionen Euro mehr in die Landeskasse. Die Zinsausgaben sind dagegen von einer Milliarde Euro in 2010 um mehr als die Hälfte auf weniger als 460 Millionen Euro gesunken. Geld ist also genug da. Ralf Stegner zitierte am 11. Dezember 2019 in seiner Rede zum Haushalt ein griechisches Sprichwort - Viele versprechen Berge und machen dann Maulwurfshügel. „Besser könnte man die Bilanz dieser Jamaika-Koalition nicht auf den Punkt bringen. Herr Ministerpräsident, es gilt nach wie vor: Ihre Worte zeigen, wie Sie gerne wären, Ihre Taten zeigen, wie Sie wirklich sind. Auch im dritten Jahr bleiben die Widersprüche der Koalitionspartner eklatant, kaum eines Ihrer Versprechen von 2017 hat heute noch Bestand. Nicht bei der Infrastruktur, nicht bei der Energiewende, nicht bei der Entlastung der Eltern und schon gar nicht bei der Versöhnung von Ökonomie und Ökologie oder beim Umgang mit den Beschäftigten.“

Das Beispiel Pendlerpauschale zeigt die Widersprüchlichkeit in der Politik der Jamaika-Koalition: „Denn der eine Teil Ihrer Koalition lehnt ab, was die Große Koalition plant, weil die Pendlerpauschale erhöht wird. Und der andere Teil lehnt es ab, weil die Pendlerpauschale nicht genug erhöht wird. Ein wenig offen bleibt leider, was Ihre Alternative ist.“ Bei der Besoldungsstrukturreform hat sich die Jamaika-Koalition zwar ein bisschen bewegt, aber doch ist die Reform unzureichend. Die geplante Gehaltserhöhung von einem Prozent ist unzureichend. Rheinland-Pfalz etwa plant das Doppelte ein.

Ralf Stegner sagte ganz richtig: „Anstelle von Waldgipfeln, bei denen mehr Fotos als sinnvolle Vorschläge gemacht werden, wollen wir ganz konkret eine weitere Million in den Ankauf von Flächen für neuen Wald stecken. Das Jobticket, an dem Nah.SH arbeitet, muss zum Erfolg werden, denn ohne einen wirklich attraktiven ÖPNV wird die Verkehrswende scheitern. Darum wollen wir die Anschubfinanzierung um dreieinhalb Millionen erhöhen. Und das ist auch sinnvoll, um die Schadstoffbelastung in unseren Städten und vor allem in Kiel zu reduzieren. “In den kommenden beiden Jahren wollten wir 27 Millionen Euro für Neubau und Sanierung an Landesstraßen investieren.“ Das hatte auch der ADFC berechnet. „Wer sozialverträglichen Klimaschutz will, darf die Menschen mit den Kosten dafür nicht alleine lassen.“

Und sehr grenzwertig ist das Vorgehen der Landesregierung beim Haushaltsrecht. Denn die Art und Weise, wie der Haushalt zustande gekommen ist, ist sehr problematisch. Einen Tag vor der Abstimmung erreichte den Finanzausschuss ein Änderungsantrag zum Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens zur Förderung des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz. § 8 Absatz 13 des Haushaltsgesetzes 2019 wurde so geändert, dass bei der Zuführung von Haushaltsüberschüssen an die Sondervermögen die Inanspruchnahme des

Landes durch die hsh finanzfonds AöR unberücksichtigt bleibt. Diese Änderung sollte die Investitionstätigkeit des Landes unter Einhaltung der Schuldenbremse sicherstellen, hieß es in der Begründung. Beate Raudis in ihrer Rede zum Haushalt am 11. Dezember 2019: „Im Klartext bedeutet es, dass Jamaika die Schulden der HSH auch weiter auf Pump finanzieren und nicht tilgen will.“ Das Haushaltsrecht ist ein Königsrecht des Landtages. Dieses wird durch die Einrichtung von Sondervermögen umgangen.

Dies ist der dritte Haushalt der Jamaika-Koalition und er hat sehr viel größere Spielräume als sie andere Regierungen jemals hatten. Doch die Möglichkeiten werden von der Jamaika-Koalition nicht genutzt. Ralf Stegner verdeutlicht dies gut in dem Satz: „Sie wissen nicht, wohin Sie gemeinsam wollen, also blinken Sie gleichzeitig links und rechts. Keiner weiß, wo Sie hinfahren, aber alle Verkehrsteilnehmer können erkennen, dass bei Jamaika die Warnblinkanlage leuchtet.“

Mieterrechte stärken

Ein Gesetzentwurf des SSW für eine Rückkehr der Fehlbelegungsabgabe fand November im Landtag kaum Zustimmung. Von den knapp 41 Millionen Wohnungen in Deutschland sind mehr als 19 Millionen vermietet. Die Mehrheit der Bevölkerung wohnt zur Miete. Mehr „qualifizierte“ Mietspiegel, wie von der SPD gefordert, kann sich eine Mehrheit im Plenum hingegen vorstellen. Ein Antrag der SPD zu mehr Förderung von „qualifizierten“ Mietspiegeln nach anerkannten wissenschaftlichen Grundsätzen, für die unsere wohnungsbaupolitische Sprecherin Özlin Ünsal warb, fand mehr Anklang. Allerdings sollen die Kommunen selbst entscheiden, ob sie das wollen, betonte Özlin: „Letztlich erhöht die Maßnahme die Transparenz und Rechtssicherheit“, erklärte sie. Bis der erhoffte Bauboom greift, brauchen wir weiterhin wirksame Instrumente, um gegen steigende Mieten und drohende Verdrängungen vorzugehen. Hierzu gehören für uns als ein Baustein von vielen auch qualifizierte Mietspiegel für die Kommunen in Schleswig-Holstein. Die SPD-Landtagsfraktion forderte die Landesregierung auf, Städte und Gemeinden bei der Erstellung von Mietspiegeln fachlich und finanziell zu unterstützen. Die Kommunen sollen die Mietspiegel nach anerkannten wissenschaftlichen Grundsätzen gemeinsam mit den Interessenvertretungen der Mieter und Vermieter erstellen. Die SPD verwies darauf, dass es „derzeit in Schleswig-Holstein nur in wenigen größeren Städten qualifizierte Mietspiegel gibt“. Qualifizierte Mietspiegel gibt es bereits in Kiel, Lübeck, Neumünster und Norderstedt.

Darüber hinaus forderten wir die Landesregierung auf, die kürzlich von der Bundesregierung als Gesetzesentwurf in den Bundestag eingebrachte Verlängerung des Betrachtungszeitraums für die ortsübliche Vergleichsmiete zu unterstützen. Das bedeutet konkret, dass zukünftig nicht nur die Neuvertragsmieten der letzten 4 Jahre, sondern jene der letzten 6 Jahre

herangezogen werden. Der längere Betrachtungszeitraum sorgt dafür, dass das Mietniveau stärker gedämpft wird, da auch frühere und somit niedrigere Mieten einbezogen werden. Gesetzentwurf und Antrag wurden zur weiteren Beratung an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen.

Provinzial

Alle Fraktionen unterstützten in der Novembersitzung einen interfraktionellen Antrag für den Erhalt von rund 1000 Provinzial-Arbeitsplätzen in Kiel. Hintergrund ist die geplante Fusion der zur Sparkassenfinanzgruppe gehörenden Provinzial NordWest mit der Provinzial Rheinland. Hierfür soll sich die Landesregierung einsetzen.

Der Sitz bleibt Kiel. Das ist in den Verträgen festgeschrieben. Alle sieben Anteilseigner der Provinzial Rheinland Versicherungen (Düsseldorf) und des Provinzial NordWest Konzerns (Münster) hatten vor einem Jahr die Inhalte einer schriftlichen Absichtserklärung für die Fusion gebilligt. Durch eine Verschmelzung der beiden Häuser entsteht der größte öffentliche Sach- und Lebensversicherer mit einem Beitragsvolumen von fast sechs Milliarden Euro. Zusammen haben beide Unternehmen mehr als 5000 Mitarbeiter, darunter etwa 1000 in Schleswig-Holstein. Ursprünglich war die Fusion bereits zum 1. Januar 2019 angestrebt worden.

Ralf Stegner erklärte: „Die SPD steht als zuverlässiger Partner fest an der Seite der Beschäftigten der Provinzial, dem Unternehmen und dem Standort Kiel. Die Provinzial ist in unserem Land ein wichtiger Arbeitgeber und gesellschaftlicher Akteur. Bei ihr steht nicht die Profitmaximierung im Vordergrund, sondern eine Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl. Wir werden dafür kämpfen, dass es im Falle einer Fusion zu keinem Arbeitsplatzabbau kommt. Selbstverständlich gehört im Laufe eines solchen Prozesses auch die Vertretung der Arbeitnehmer mit an den Verhandlungstisch!“

Kapazitäten und Arbeitsbedingungen auf Schlachthöfen und in der Fleischverarbeitung in Schleswig-Holstein

In einem von der SPD geforderten Bericht über Arbeitsbedingungen in Schlachthöfen hat die Jamaika Koalition festgestellt, „dass Missstände weiter vorhanden sind“ – und dafür scharfe Kritik im Landtag geerntet.

Auf Antrag der SPD hat die Jamaika Koalition einen schriftlichen Bericht über Zustände in Schlachthöfen und die Arbeitsbedingungen in der Fleischverarbeitung vorgelegt. Das Fazit: Auch wenn es Betriebe gebe, die sich an die Standards des

Arbeits- und Sozialrechts hielten, sei es „unbestreitbar“, dass „Missstände weiterhin vorhanden sind.“ Neben einem nachgewiesenen Verstoß gegen Arbeitsschutz, werden beispielsweise Tierschutzverstöße aufgrund von fehlenden Sachkunde-Nachweisen im Umgang mit Tieren sowie Sprachbarrieren bei den Mitarbeitern aufgeführt. Schlachthofbetreiber müssten von ihren Werkvertragsunternehmen konsequenter vorgegebene Standards einfordern, heißt es in dem Bericht.

Im Antrag der SPD wurde die Regierung des Weiteren aufgefordert, über die soziale Situation der Beschäftigten und die Einhaltung des Arbeitsschutzes zu berichten. Die Landesregierung betont diesbezüglich, es habe in der Vergangenheit wiederholt Beschwerden von Arbeitenden aus Osteuropa über deren „Unterbringungs- und Beschäftigungssituation“ gegeben. Die SPD Landtagsabgeordnete Kirsten Eckhoff-Weber kritisierte, dass eine 2014 von der Fleischwirtschaft eingegangene Selbstverpflichtung, sich für soziale Standards insbesondere bei der Unterbringung von Beschäftigten einzusetzen, nicht überprüft würde. Das Ministerium biete „keine Unterstützung für Menschen, die unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten“, so Kirsten Eckhoff-Weber. Zudem sei der Bericht „mehr als dürr“. Nachdem in Schleswig-Holstein im Jahr 2017 ein mittelständisches Schlacht-Unternehmen von einem bundesweiten Schlacht-Marktführer übernommen wurde, ist laut dem Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag die Anzahl an geschlachteten Tieren im Land angestiegen. Der Antrag wurde an den Umwelt- und den Sozialausschuss überwiesen. Die Rede von Kirsten Eckhoff-Weber kann hier als Video abgerufen werden:

<https://www.youtube.com/watch?v=43H8RDI5RTU>

Aushöhlung des Arbeitszeitgesetzes verhindern, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 19/1788)

Das Arbeitszeitgesetz legt die tägliche Arbeitszeit und Einhaltung von Ruhezeiten fest. Bayern will diese Regelung im Bundesrat kippen. Eine Bundesratsinitiative aus Bayern zu flexibleren Arbeits- und Ruhezeiten stößt auf Widerstand der SPD. Unter dem Deckmantel von Familienfreundlichkeit und Digitalisierung geht es hier darum den ArbeitnehmerInnenschutz zu lockern. Und dieses lehnen wir als SPD-Fraktion ab. Wir haben die Landesregierung aufgefordert, im Bundesrat gegen den Antrag aus Bayern zu stimmen. Nach Auffassung der bayrischen Regierung entsprechen „flexiblere, familienfreundlichere und alltagstauglichere Arbeitszeitregelungen“ dem Wunsch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wie es in einer Pressemitteilung heißt. Viele Beschäftigte wünschten sich, „die Arbeit der Familie wegen für ein paar Stunden unterbrechen zu können, am Abend die letzten beruflichen Aufgaben zu erledigen und am nächsten Tag wie üblich mit der Arbeit zu starten.

Der Antrag aus Bayern ist nicht im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das soll nur suggeriert werden. Im Kern soll es darum gehen, die

Ruhezeit zu verkürzen und die Höchstarbeitszeit pro Tag weiter zu erhöhen. Serpil Midyatli: „Die Erwerbsverläufe und die Arbeitswelt haben sich in den vergangenen Jahren erheblich verändert, sind vielfältiger und auch individueller geworden – auch wird es zu weiteren Veränderungen in der Arbeitswelt kommen. Wir sind der Ansicht, dass man den veränderten Bedingungen nicht mit weniger, sondern im Gegenteil mit mehr ArbeitnehmerInnenrechten begegnen sollte. Die ständige Erreichbarkeit und die überbordende Inanspruchnahme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen neue Formen des Schutzes.“ Der Arbeitnehmerschutz soll gelockert werden, dieses Ziel steckt tatsächlich hinter der bayrischen Initiative. Die Rede von Serpil Midyatli kann hier als Video abgerufen werden: <https://www.youtube.com/watch?v=9qOnGS15zgw>

Mobilfunknetz 5G

Deutschland hängt beim Mobilfunkausbau hinterher. In Schleswig-Holstein sind vor allem ländliche Regionen betroffen. Hoffnung macht die geplante Einführung des 5G-Netzes. Die SPD wollte nun den aktuellen Stand erfahren. Bereits im vergangenen Sommer hatte der Landtag sich für einen zügigen Netzausbau und die Einführung des neuen Mobilfunkstandards 5G stark gemacht. Die SPD forderte einen Bericht „über den Stand und die Planungen zur flächendeckenden Einführung des 5G-Standard in Schleswig-Holstein“. Im Detail wollen wir wissen, wann „die ländlichen Räume mit welchen Frequenzen diesen Standard nutzen können“ und wann „das Ziel der flächendeckenden Einführung von 5G in Schleswig-Holstein erreicht wird“.

Seinen ersten 5G-Sendemast in Schleswig-Holstein hat der Mobilfunk-Konzern Vodafone im Juli in der Gemeinde Hattstedt im Kreis Nordfriesland in Betrieb genommen. Die Gemeinde mit rund 2500 Einwohnern ist damit einer von 25 Vodafone-Standorten deutschlandweit. Dennoch bleibt das 5G-Netz von Vodafone bundesweit noch sehr beschränkt. Bis August hatte der Mobilfunkanbieter rund 50 Stationen mit der neuen Netzgeneration ausgestattet. Die Bundesregierung hat unterdessen Ende Oktober Eckpunkte für eine neue Mobilfunkstrategie vorgestellt, mit dem der Ausbau des schnellen Mobilfunks in der Fläche und entlang von Verkehrswegen vorangebracht werden soll.

Ziel ist den Eckpunkten zufolge, dass Deutschland beim Mobilfunk eine „internationale Spitzenposition“ auf Basis einer flächendeckenden 4G-Versorgung erreicht. Dafür sollen unter anderem Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Bestehende Liegenschaften von Bund, Ländern und Kommunen sollen verstärkt als Standorte von Antennenmasten genutzt werden. Mit einer flächendeckenden 4G-Versorgung soll auch eine wichtige Voraussetzung für den Ausbau der nächsten superschnellen Mobilfunkgeneration 5G geschaffen werden.

Das Grüne Band

Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt einen Antrag der Grünen-Bundestagsfraktion und will das sogenannte Grüne Band entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze zum Naturdenkmal erklären. Es hat sich auf dem einstigen Todesstreifen ein 1393 Kilometer langer Streifen wertvoller Biotope entwickelt. Zudem gelte es, das Gebiet „als Erinnerungs- und Gedenkort an die jüngste deutsche Geschichte zu sichern und zu entwickeln“. Die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Sandra Redmann sagte dazu: „Worum geht es? Entlang des ehemaligen Todesstreifens ist eines der größten Naturschutzprojekte Deutschlands entstanden. Der Wert für die Biodiversität ist einmalig: Heideflächen, Moore, Bäche, Schwarzstörche, alte heimische Pflanzen. Hier ist der Begriff der „Artenvielfalt“ gut gewählt. Das Grüne Band ist daher auch im Bundesnaturschutzgesetz verankert. Dort, wo Menschen sichtbar voneinander getrennt wurden, an dessen Ort Menschen ihr Leben ließen, Symbol der Teilung, haben wir ein Schutzgebiet, das durch zunehmende Vernetzung dazu beiträgt, dass zerschnittene Lebensräume zusammengeführt werden. Wir schaffen genau dort Wanderkorridore.“

Die Landesregierung wird mit dem Antrag aufgefordert, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und noch vorhandene Lücken in der Schutzkulisse in Schleswig-Holstein zu schließen. Und: Der Bund solle die Länder bei Ankauf und Umwandlung von Flächen für die Ausweisung von Schutzgebieten finanziell unterstützen.

Erzieherische und sozialpädagogische Ausbildungen attraktiver gestalten

Um den Mangel an Betreuern in den Kitas zu beheben, hat die SPD in einem Antrag (Drs. 19/1856) eine Ausbildungsvergütung für angehende Erzieher und Sozialpädagogische Assistenten (SPA) gefordert. Bisher gibt es keine finanzielle Unterstützung. SPA mit mehreren Jahren Berufserfahrung sollten sich zudem mit einer verkürzten Weiterbildung zum Erzieher qualifizieren können. Bisher sind drei Jahre nötig. Die Fachschulen wiederum bräuchten mehr Lehrer, und in den Studiengängen zur Sozialen Arbeit und Kindheitspädagogik soll die Anzahl der Studienplätze in Schleswig-Holstein erhöht werden. Zudem soll die Erzieherausbildung weiterhin schulisch und im Rahmen der Weiterbildung bleiben, „um das Qualifizierungsniveau und die europaweite Vergleichbarkeit zu erhalten und den hohen fachlichen Anforderungen zu entsprechen“. Ein stärkerer Praxisanteil ist nötig. Um Hürden bei Interessenten für diesen Beruf abzubauen, sollte das Praxisjahr als Voraussetzung für Abiturienten von einem Jahr auf drei Monate reduziert werden. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung hat ergeben, dass bundesweit 106.500 Facherzieherstellen benötigt würden, um eine kindgerechte Betreuung zu gewährleisten. Die Kinder kommen immer jünger in die Kitas, die Gruppen werden heterogener, Betreuungszeiten länger und zugleich wachsen die Aufgaben der Erzieher.

Rede

Rede von Stefan Weber für den 15. November 2019 zu Top 17 – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Presse (Landespressegesetz), Antrag der AfD, Drs.: 19/1718

Sehr geehrter Herr Präsident!

Meine Damen und Herren!

Heute also wieder, ihr Versuch unser Pressewesen umzubauen. Haben sie eigentlich in der Septembersitzung nicht aufgepasst. In der Aussprache haben doch wohl alle anderen Fraktionen keinen Zweifel daran gelassen, dass Ihr Entwurf keinerlei Zustimmung bekommen wird.

Was soll also diese erneute Anmeldung zur Aussprache über ihren Antrag? Entweder haben sie die Debattenbeiträge im September zu ihrem Antrag nicht verstanden. Das glaube ich aber nicht. Ich meine eher, sie wollen mit der erneuten Debatte erneut Ressentiments gegenüber der Presse schüren. Wollen auch erneut Ressentiments gegenüber uns schüren.

Bevor sie sich hier hinstellen und das Pressegesetz ändern wollen, klären sie erstmal ihr Verhältnis zur Presse. Was ist denn nun bei ihnen mit Vorfällen, bei denen Pressevertreterinnen und Pressevertreter für Recherchen im Umfeld der AfD, etwa bei Demonstrationen, behindert, bedroht oder sogar tätlich angegriffen wurden. Was ist da los, was steckt dahinter?

Oder was ist damit, sogenannte schwarze Liste für unseriöse Pressevertreter zu erstellen. Dies ist eindeutig demokratiefeindlich. Was ist damit, dass die AfD schon mehrfach Journalistinnen und Journalisten von ihren Landes- und Bundesparteitagen ausgeschlossen hat. Die AfD hat offensichtlich ein Problem mit unabhängiger Berichterstattung.

Und immer wieder gibt wiederholte Medienhetze von Spitzenpolitikern der AfD. Dass sind keine Ausrutscher, dafür kommt es schon viel zu oft vor, dass ist der Versuch, Medien und Journalisten zu diskreditieren und die Pressefreiheit anzugehen.

Und wer kritische Fragen von Medien als Diffamierung anprangert hat wahrlich ein Problem mit freier Berichterstattung. Die stellvertretende Bundesvorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV) Kathrin Konyen stellte im September auf Kritik der AfD-Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel im Zusammenhang mit den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen klar: „Die Journalistinnen und Journalisten haben die Aufgabe, kritisch zu berichten.“

Das gilt selbstverständlich auch für Berichte über die AfD.“ Natürlich haben sie auch über Verflechtungen einzelner Spitzenpolitiker der AfD mit dem äußersten rechten Rand des politischen Spektrums zu informieren.

Und sie, die nicht mit kritischer Berichterstattung zurechtkommen, wollen sich hier zum Bewahrer der Pressefreiheit aufschwingen. Nein, dass nehmen wir ihnen nicht ab. Hören sie damit auf, das Pressewesen umbauen zu wollen.

Denn sie sind immer wieder von dem Ziel getrieben für ihre Politik unsere Medienfreiheit einzuschränken. Und das werden alle Demokratinnen und Demokraten in Schleswig-Holstein bzw. in ganz Deutschland nicht zulassen.

Die SPD steht an der Seite der Medienschaffenden und setzt sich für Pressefreiheit und Demokratie ein. Wir lehnen den Antrag der AfD erneut.

Vielen Dank!

Pressemitteilung. Kiel 02. Dezember 2019. Zur Fertigstellung des Wildschweinzauns an der deutsch-dänischen Grenze erklärt die stv. Vorsitzende und Sprecherin für die deutsch-dänische Grenzregion der SPD-Landtagsfraktion, Birte Pauls : „Die Fertigstellung des Wildschweinzauns ist nichts weiter als wirkungslose Symbolpolitik. Der Zaun wird keinen Eber und auch keine Brache davon abhalten, von Deutschland nach Dänemark und zurück zu kommen. Er löst keine Probleme, sondern schafft Misstrauen. Die SPD steht für ein offenes Europa. Wir erteilen jeglichen Versuchen zur nationalen Abschottung eine klare Absage. Die Symbolwirkung eines solchen Zauns darf nicht unterschätzt werden. Alles was damit zusammenhängt ist ein Rückschritt und schadet der gemeinsam denkenden Region.“

Redaktion: Michael Schmidt – Kiel / Kaltenkirchen